# Hochschulratsvorsitzender unterstützt Forderung der Senatsmitglieder nach besserer finanzieller Absicherung der Hochschulstrukturreform

Der Hochschulratsvorsitzende der Universität Koblenz-Landau, Klaus-Peter Hammer, stellt sich hinter die Forderung des Senats an das Land Rheinland-Pfalz, die geplante Hochschulstrukturreform finanziell besser abzusichern. In einem offenen Brief haben sich zuvor die Mitglieder des Senats an die Abgeordneten des rheinland-pfälzischen Landtags gewandt und konkrete Zusicherungen des Landes für die Abdeckung der absehbaren Finanzbedarfe verlangt.

„Der Hochschulratsvorsitzende unterstützt die Forderungen des Senats in vollem Umfang“, erklärt Klaus-Peter Hammer. „Die Senatorinnen und Senatoren unserer Universität bemängeln zu Recht, dass die finanziellen Rahmenbedingungen für einen Erfolg der Neustrukturierung immer noch nicht gegeben sind.“ Der Hochschulrat berät und unterstützt die Universität in allen wichtigen Angelegenheiten und fördert ihre Profilbildung, Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit.

Den offenen Brief haben am Freitag, 4. September 2020, 27 Senatsmitglieder aller Statusgruppen der drei Standorte Koblenz, Landau und Mainz unterzeichnet. Sie schreiben darin, dass sie sich „aus Sorge um unsere Studierenden und Mitarbeitenden und aus Verpflichtung gegenüber unserem Regionen und dem Land“ an die Landtagsabgeordneten wenden.

Allein um die Basis für die Neustrukturierung zu schaffen, benötige die Universität Koblenz-Landau mindestens 6 Millionen Euro pro Jahr dauerhaft zusätzlich vom Land, heißt es in dem Brief. Andernfalls könne die Universität ihre bisherigen Personalkapazitäten für die deutlich gewachsene Zahl von Studierenden nicht halten. Es drohe eine Schwächung der Qualität in der Lehre und eine sinkende Attraktivität der Standorte für die Studierenden.

Auch die vom Land zugesagten 8 Millionen Euro für temporäre Transformationskosten für die akademischen Standorte Koblenz, Landau und Kaiserslautern seien nicht ausreichend, heißt es weiter. Die Universitäten erwarten dagegen bedarfsgerechte Kosten von etwa 35 Millionen Euro. Das Land solle auf Grundlage der Ergebnisse externer Gutachter seine Mittel aufstocken, fordern die Senatsmitglieder.

Das Land müsse außerdem anerkennen, dass bei der Hochschulstrukturreform auch dauerhafte Transformationskosten entstünden, zum Beispiel durch die Neustrukturierung der Verwaltung und von wissenschaftsunterstützenden Einheiten. Diese müssten ebenfalls bedarfsgerecht nach Prüfung durch externe Gutachter finanziert werden – ebenso wie Kosten für die neue, regional orientierte Profilbildung, mit der regionale Entwicklungsimpulse ermöglicht werden sollten.

Dem offenen Brief haben die Senatsmitglieder ein elfseitiges Fact Sheet beigefügt. Das Dokument weist auf die Finanzierungsproblematik und die daraus resultierenden Gefahren für die Neustrukturierung mit Daten aus öffentlich zugänglichen Quellen und des Wissenschaftsministeriums hin. Damit die Universität Koblenz-Landau ihren Teil zu einem erfolgreichen Gelingen der Hochschulstrukturreform beitragen könne und alle Standorte gestärkt daraus hervorgehen könnten, müsse „das Land zusätzliche Mittel in den vier genannten Bereichen zur Verfügung stellen“, heißt es darin.

In dem Fact Sheet stellen die Autoren außerdem klar, dass die Universität Koblenz-Landau das Hochschulsystem Rheinland-Pfalz im vergangenen Jahrzehnt sehr erfolgreich mitgeprägt habe: So habe sie überproportional viele Studienplätze geschaffen, entsprechend viele Absolventen/-innen und zudem die meisten Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz gebildet. Auch im Bereich der Forschung weise die Universität, gemessen an ihrer Struktur, Größe und finanziellen Ausstattung, eine überaus gelungene Entwicklung auf. Ungeachtet dieser Erfolge sei die zweitgrößte Landesuniversität aber nicht ausreichend finanziert. Ihre Grundfinanzierung sei sowohl in absoluten Zahlen als auch in Bezug auf die Studierendenzahlen im Landesvergleich deutlich unterdurchschnittlich.

„In dem sehr überzeugenden Papier wird dargelegt, dass das Land ein Aufbruchssignal für die Neustrukturierung geben kann. Damit die akademischen Standorte gestärkt werden können, gilt es, eine Schwächung der Universität Koblenz-Landau abzuwenden und deren mangelnde Finanzierung abzumildern. Ein solches Aufbruchssignal würde auch ich mir von politischer Seite wünschen“, sagt Klaus-Peter Hammer.

Das Fact Sheet „Hochschulfinanzierung in Rheinland-Pfalz – die mangelnde Finanzierung der Universität Koblenz-Landau gefährdet den Erfolg der geplanten Neustrukturierung“ findet sich auf dieser Seite: <https://www.uni-koblenz-landau.de/senat-factsheet.pdf>.

**ANSPRECHPARTNER**Gerhard Lerch

Referat Öffentlichkeitsarbeit

Tel.: 06131 37460-36

E-Mail: [glerch@uni-koblenz-landau.de](mailto:glerch@uni-koblenz-landau.de)

**Hintergrund: Universität Koblenz-Landau**

Die Universität Koblenz Landau gehört als zweitgrößte Universität des Landes Rheinland-Pfalz zu den jüngsten Universitäten in Deutschland. Seit ihrer Gründung im Jahr 1990 hat sie sich zu einer mittelgroßen, forschungsorientierten Universität entwickelt. Das Studienangebot reicht von den Bildungs-, Geistes-, Kultur-, Sozial- und Naturwissenschaften über die Informatik in Koblenz und die Psychologie in Landau. Als einzige Universität in Rheinland-Pfalz bietet sie Lehramtsstudiengänge für alle Schularten an. Im Februar 2019 hat die rheinland-pfälzische Landesregierung beschlossen, den Campus Koblenz als eine eigenständige Universität zu etablieren und den Campus Landau mit der TU Kaiserslautern zusammenzuführen, um eine Rheinland-Pfälzische Technische Universität zu schaffen.

Die Zahl der Studierenden an der Universität Koblenz-Landau hat sich gegenüber den anderen Landesuniversitäten im letzten Jahrzehnt überdurchschnittlich erhöht. Inzwischen sind rund 17.000 Studierende eingeschrieben, davon etwa die Hälfte jeweils in Koblenz und in Landau. An der Universität wird knapp die Hälfte aller Lehrerinnen und Lehrer in Rheinland-Pfalz ausgebildet, aber auch fachliche und interdisziplinäre Studiengänge in der Informatik oder Mensch und Umwelt sind stark nachgefragt. In der Forschung hat die Universität ebenfalls ausgewiesene Erfolge vorzuweisen, unter anderem in koordinierten Förderprogrammen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Insbesondere im DFG-Ranking der Bildungs- und Erziehungswissenschaften belegte die Universität Koblenz-Landau den ersten Platz.

**Hintergrund: Neustrukturierung von Hochschulstandorten in Rheinland-Pfalz**

Die Landesregierung hat sich auf Grundlage des Koalitionsvertrags das Ziel gesetzt, die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen zu steigern, neue Dynamiken für das Wissenschaftsland Rheinland-Pfalz zu entfalten und die Attraktivität von Rheinland-Pfalz als Studien- und Wissenschaftsstandort zu erhöhen. Hierzu gehörte auch eine Analyse und Bewertung der Chancen und Potentiale des Hochschul- und Wissenschaftsstandorts Rheinland-Pfalz durch eine unabhängige, wissenschaftsgeleitete Expertenkommission, die das Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur (MWWK) beauftragt hat. Der Expertenbericht wurde im April 2018 vorgelegt, im Zentrum der Empfehlungen standen u. a. die regionale Verankerung der Hochschulen, die Attraktivität von Forschung und Lehre - auch im Hinblick auf Exzellenz- und Spitzenforschung, die strategische Hochschulentwicklung, die Förderung kooperativer Promotionen sowie die Querschnittsaufgaben Gleichstellung, Internationalisierung und Digitalisierung.  
  
Aus dem Expertenbericht hat das MWWK eine Initiative zur Neustrukturierung der Universität Koblenz-Landau und der Technischen Universität Kaiserslautern abgeleitet. Am 12. Februar 2019 entschied der rheinland-pfälzische Ministerrat diese Neustrukturierung bis Ende 2022 durchzuführen. Es gab vorbereitende Gespräche mit den beiden betroffenen Universitäten. Am 5. März 2020 hatte die Universität Koblenz-Landau schriftlich eine Eingabe auf der Arbeitsebene für die Vorbereitung des Gesetzesentwurfs durch das MWWK gemacht. Der Ministerrat hat in seiner Sitzung am 12. Mai 2020 das Vorhaben bestätigt und einen entsprechenden Gesetzesentwurf des MWWK an den Landtag zur parlamentarischen Beratung zugeleitet (Drucksache 17/11838). Er sieht die Verselbstständigung der Universität in Koblenz und die Zusammenlegung der Campus in Kaiserslautern und Landau zur Rheinland-Pfälzischen Technischen Universität (RPTU) zum 1. Januar 2023 vor. Der Verwaltungsstandort Mainz der Universität Koblenz-Landau wird zum 31. Dezember 2024 aufgelöst. Der Landtag hat in einer Plenarsitzung am 27. Mai 2020 den Gesetzesentwurf zum ersten Mal beraten.

**Verstetigung der Hochschulpaktmittel durch die Hochschulinitiative für gutes Studium und gute Lehre in Rheinland-Pfalz**

Am 6. Juni 2019 haben sich Bund und Länder auf den „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“ verständigt. Damit wird der bisher zeitlich befristete Hochschulpakt 2020 abgelöst und verstetigt. Für den Zukunftsvertrag stehen bis 2023 jährlich 3,8 Mrd. Euro und ab 2024 jährlich 4,1 Mrd. Euro zur Förderung von Studium und Lehre durch Bund und Länder zur Verfügung.   
  
Durch die „Hochschulinitiative für gutes Studium und gute Lehre“ in Rheinland-Pfalz werden den 11 staatlichen Hochschulen in Rheinland-Pfalz ab 2021 dauerhaft 140 Mio. Euro zur Verfügung stehen. 750 bisher befristete Stellen an den Hochschulen können ab 2021 in Dauerstellen überführt werden. Die Universität Koblenz-Landau erhält hiervon im Jahr 2021 23,5 Mio. Euro, 2022 22,9 Mio. Euro und 2023 22,6 Mio. Euro. Zum Vergleich: In den Jahren 2017 bis 2019 erhielt die Universität Koblenz-Landau im Schnitt 25 Mio. Euro der Hochschulpaktmittel in Rheinland-Pfalz.